

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Anzeigenteilung: 1.00 Mk. (100 Pf.) monatlich 30 Pf. 1/2, 3/4, 1 Mk. vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland 3.00. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 226.

Dresden, Donnerstag den 30. September 1909.

20. Jahrg.

Die neuen Steuern und die sächsischen Wahlen.

Im August sind bereits von den neuen Steuern in Kraft: die Tabaksteuer, die Biersteuer, der Kaffee- und Teezoll, der Stempel auf Aktien, Grundstücksübertragungen, Wechselbögen sowie die Schaumweinsteuer. Mit dem 1. Oktober tritt die übrige Teil der ungeheuerlichen neuen Volksbelastung in Kraft. Es werden in Kraft treten:

Der Schenkstempel.

Die Beleuchtungsmittelesteuer.

Die Zündwarensteuer.

Die Branntweinsteuer.

Was hat denn die Bevölkerung Sachsens willens? Sie hat die Gelegenheit, bei den bevorstehenden Landtagswahlen zugleich ihr Urteil abzugeben über die neue Steuerpolitik, die von den bürgerlichen Parteien getrieben worden ist, und deren Wirkungen sich nun schon zu machen beginnen.

Die bürgerlichen Zeitungen versuchen allerdings vielfach die Steuerfragen sehr reichsweit und hätten mit den Landtagsabgeordneten nichts zu tun. Das ist jedoch schwindel. In Wahrheit ist gerade die reaktionäre Partei in den norddeutschen Bundesstaaten, besonders in Preußen und in Sachsen, herrscht, die eigentliche und wichtigste Ursache, daß auch im Reich und im Reichstage die Forderungen des Volkes mit Füßen getreten werden und die Volksbefreiung zur Ausführung gelangen.

Die bürgerlichen Zeitungen versuchen allerdings vielfach die Steuerfragen sehr reichsweit und hätten mit den Landtagsabgeordneten nichts zu tun. Das ist jedoch schwindel. In Wahrheit ist gerade die reaktionäre Partei in den norddeutschen Bundesstaaten, besonders in Preußen und in Sachsen, herrscht, die eigentliche und wichtigste Ursache, daß auch im Reich und im Reichstage die Forderungen des Volkes mit Füßen getreten werden und die Volksbefreiung zur Ausführung gelangen.

Man erkannte sich nur, wie heiß und heiß im Reichstage die um Opitz und Wegner die sächsische Landtagswahl haben, daß sie ja nicht zulasse, daß im Reich

direkte Steuern zur Einführung gelangen. Man erinnere sich nur, daß der sächsische Finanzminister Dr. Rüger es war, der immer in rührender Uebereinstimmung mit den konservativen Herrschäften des Landtages und mit verblüfftem Eifer die Anschauung vertrat, daß im Reich neue indirekte Steuern auf die Gegenstände des Massenverbrauchs gelegt werden müssen. War es doch derselbe sächsische Finanzminister Dr. Rüger, der die Erbschaftsteuer, die den Besitz treffen sollte, als „die widerlichste aller Steuern“ abgelehnt hatte. Aber auch die Nationalliberalen haben mit der Regierung und den Konservativen am gleichen Strang gezogen. Sie haben niemals im Landtage sich bemüht, die Regierung wegen ihrer Haltung zu den Reichssteuerfragen zur Reue zu stellen.

Wenn das Volk jetzt die schwere Bürde ungerechtester Steuern aufgeschafft bekommt, so tragen das Bollgewicht der Schuld die sächsische Regierung und die bürgerlichen Parteien in Sachsen.

In der Reichspolitik wird es erst besser werden, wenn das arbeitende Volk in der Landespolitik mit der Reaktion gekämpft hat. Im sächsischen Landtag muß die gornige Stimme des arbeitenden Volkes wieder erschallen, muß die sächsische Regierung zur Ordnung rufen für ihre Mitschuld bei der Steuerpolitik des Reiches. Erst wenn in den Landtage der erste Mann der Reaktion gebrochen wird, kann auch in der Reichspolitik freihellen Bestrebungen die Bahn eröffnet werden.

Es bedeuten unsere Landtagswahlen zugleich eine Wahl zur Befreiung des Reiches von der Uebermacht der Reaktion!

So sind unsere Landtagswahlen die erste und beste Gelegenheit zur Reue für die ausfälligen Steuerlächer, die jetzt wieder der unheimlichen Bevölkerung aufgeschafft werden!

Arbeiter! Beamte! Handwerker! Kaufleute! Ihr alle, die ihr durch die neuen Steuern schwer bedrückt werdet, mühet die gute Stunde! Verabreicht den Reichslandtags bei der Landtagswahl einen gehörigen Denkzettel! Jeder gebe, wenn er seinen Stimmzettel abgeben wird, der Worte:

- Tabaksteuer
- Biersteuer
- Branntweinsteuer
- Kaffee- und Teezoll
- Schenkstempel
- Beleuchtungsmittelesteuer
- Zündwarensteuer!

Die politische Krise in England.

Von unserem Korrespondenten.

J. S. London, 27. September.

Die politische Lage hat sich in den letzten Tagen einigermaßen geklärt. Während noch vor wenigen Tagen die Anzeichen waren, daß die Lords es wirklich wagen würden, das Verbot zu verhindern und damit einen ersten Verfassungskonflikt hervorzurufen, noch weit auseinander gingen, herrscht in allen Kreisen volle Einmütigkeit darüber. Niemand mehr daran, daß die Lords in der Tat dem Unterhaus die Forderung des Wahlrechts verweigern werden. Auch darüber ist sich einig, daß die allgemeinen Wahlen nunmehr im Januar zu erwarten sind, und man spricht in der Öffentlichkeit von der schließlichen Lösung des Wahlrechts. Wie sich dieser Umwälzung vollziehen, auf welche Ursachen er zurückzuführen ist, das ist etwas wie ein Mysterium. Er ist sicher das Ergebnis einer unabweisbaren Parole der meisten Führer. Die Reden Lord Roseberys und Balfours sind alles andere, nur keine klaren Direktiven für die Anhänger. Chamberlain allerdings hatte den Lords mit deutlichen Worten zum Entschluß beigetragen, aber die Volkstakt des siechen Mannes wie eine Stimme aus dem Grabe. Man merkt nur noch, daß er die politische Entwicklung der letzten Jahre mehr mitzumachen oder auch nur richtig zu begreifen hat. Er glaubt einen Krampf gegen das Budget zu haben, wenn er den Wählern offen erklärt, daß es die Lösung des Wahlrechts ist, die die Wahlen verhindern wird, während es keinem Zweifel unterliegen kann, daß die Wahlen gerade darin einen Hauptvorgang des Wahlrechts bilden. Die plausibelste Erklärung für den Widerstand der allgemeinen politischen Stimmung liegt in dem Verhalten der Bier- und Schnaps-Interessenten. Die neuen Alkoholsteuern scheinen bereits eine wesentliche Ein-

schränkung des Konsums zur Folge gehabt zu haben. Zur Rettung ihres gefährdeten Profits sind die Brauer zum äußersten bereit. Sie werden an Lord Lansdowne eine Deputation entsenden, welche von den Lords in gebieterischem Tone die Verwerfung des Budgets fordern wird. Und da die Brauer eine der bedeutendsten finanziellen Stützen der konservativen Partei sind, sowie überhaupt mit ihrem wohlhabenden Anhang von Schankwirten und Stammgästen eine unentbehrliche „staatserkaltende“ Klasse bilden, so muß sich Herr Balfour und mit ihm das ganze Oberhaus ihrem Gebote widerstandslos beugen. Die schützenden Feilschponne jubeln vor Freude, und auch die letzte mahrende Stimme verstummt. Vorfrucht heißt heute bereits Zaghaftigkeit und wird bald als Parteiverrat angesehen werden. Und so ist denn bereits die gesamte reaktionäre Meute entschlossen, sich in den Kampf zu stürzen.

Man hat von verschiedenen Seiten in diesem Budget einen entschlossenen Versuch des englischen Liberalismus sehen wollen, sich zu verjüngen und dauernd lebensfähig zu erhalten. Unseres Erachtens kann man nur mit dem größten Optimismus und der weitgehendsten Vertrauensseligkeit aus diesem Budget allein auf eine solche zweckbewusste Auferstehung des englischen Liberalismus, die sich die Freimachung des Weges zur friedlichen Umwälzung der Gesellschaft zum Ziele setzte, schließen. Der Sieg des Budgets allein wird den Liberalismus noch keineswegs verjüngen. Erst nach dem Siege des Budgets wird der englische Liberalismus seine Feuerprobe zu bestehen haben. Wenn die Reaktion geschlagen auf dem Boden liegen wird, erst dann wird es sich zeigen können, ob der Liberalismus auch wirklich den Mut besitzt, sie vollständig zu entpuppen und endgültig zu zerhackern. Wird die eventuell siegreiche aus den Wahlen hervorgehende liberale Regierung sich willig und mütig genug erweisen, die ewigen Fragen Herausforderungen der Lords mit der endgültigen Abschaffung ihrer Vorrechte zu beantworten, und wird sie bei ihren späteren gesetzgeberischen Aktionen dem sozialen Fortschritte ohne Rücksicht auf die Inter-

essen der Besitzenden und ausbeutenden Klassen dienen wollen und können? Dies sind die Fragen, von deren Beantwortung das künftige Schicksal des englischen Liberalismus in letzter Linie abhängen muß. Alle bisherige Geschichte mahnt zur äußersten Skepsis. Jedenfalls wird man sich darüber klar werden müssen, daß eine wirkliche und nicht bloß scheinbare Verjüngung des Liberalismus von einer gründlichen Aenderung im Klassencharakter der liberalen Partei begleitet sein mußte: aus einer Partei des industriellen Kapitals würde sie zur Partei der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes werden müssen.

Die Stimmung in der Arbeiterpartei wird in einer Rede freu wiedergegeben, welche Genosse Keir Hardie gestern in einer Bergarbeiterversammlung in Swansea hielt. Keir Hardie führte u. a. aus: Die Arbeiterpartei wird das Budget bis zu Ende unterstützen. Daraus darf aber nicht der Schluß gezogen werden, daß die Arbeiterpartei ihre Unabhängigkeit aufgibt oder in der liberalen Partei untergeht sei. Wenn die Wahlen herankommen, wird die Arbeiterpartei ihren eigenen Weg gehen und ihren eigenen Kampf ausfechten. Es ist nicht die Aufgabe der Arbeiterpartei, die Liberalen zu verjagen, um den Lorien zur Macht zu verhelfen, oder umgekehrt. Die Arbeiterpartei hat es sich zur Aufgabe gestellt, beide bürgerlichen Parteien von der Regierung zu vertreiben und sich selbst an ihren Platz zu setzen. In den Wahlkreisen, wo Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, wird die Arbeiterpartei ihre ganze Macht zur Unterstützung ihrer eigenen Parteimitglieder und es den Kandidaten der anderen Parteien überlassen, je nach den Umständen zu schwimmen oder zu sinken. Schließlich äußerte Keir Hardie die Ansicht, daß die gegenwärtige Regierung mit einer hinreichenden Mehrheit aus den Wahlen hervorgehen werde. Er sprach seine Zuversicht aus, daß die Arbeiterpartei, welche jetzt 84 Abgeordnete zählt, 65 der 70 Mann in das neue Parlament einzusetzen werde.

Der Kampf in Schweden.

Die Verhandlungen in Stockholm sind wie bereits mitgeteilt, endgültig gescheitert. Die Gewerkschaftsvorstände haben die Bedingungen der Unternehmer als unannehmbar abgelehnt. Dazu trug auch nicht zum wenigsten die von den Vergleichsbeamten im Auftrage der Regierung entworfene Verhandlungsordnung für künftige Konflikte bei, die ein Akzent auf die Selbständigkeit der Arbeiterorganisation bedeutet.

Diese Forderungen der Großindustriellen haben aber auch eine andere Bedeutung. Die Großindustriellen betrachten den jetzigen Zeitpunkt als für ihre Pläne äußerst günstig. Nachdem der Kampf nun bereits zwei Monate dauert, ist nämlich die kleine und mittlere Industrie bereits dermaßen in Mitleidenschaft gezogen, daß in aller nächster Zeit zahlreiche Konturze zu erwarten stehen. Aus dieser Tatsache hoffen die Großindustriellen besondere Extraprofite herauszuholen, weil dadurch der Konzentration des Kapitals in Schweden Vorhand geleistet wird. Die schwedische Regierung steht in diesem Kampfe, den die Großindustriellen sowohl gegen die Arbeiter als auch gegen die kleine und mittlere Industrie führen, hinter ihnen und stellt ihnen die ganze Staatsmaschinerie zur Verfügung. Polizei und Justiz müssen das ihrige tun, um den Kampf der Arbeiter teils zu fördern, teils zu erschweren.

Die schwedischen Gewerkschaften sind entschlossen, mit aller Kraft die die schwedischen Arbeiter erhalten können, den Kampf fortzuführen, und sie hoffen dabei, daß die ausländischen Arbeiter ihnen noch wie vor zur Seite stehen werden, um sie nach Möglichkeit vor dem Hunger zu schützen.

Der schwedische Streik und die englischen Trade-Unions.

Aus London wird uns geschrieben: Der Sekretär des englischen Gewerkschaftsverbandes, W. K. Kipling, hat einen Brief von der Geschäftsleitung in Stockholm erhalten, in welchem über die gegenwärtige Lage des schwedischen Streiks berichtet und ausgeführt wird, daß den kämpfenden nicht anders übrig bleibe, als die ihnen angebotenen Friedensbedingungen abzulehnen, selbst auf die Gefahr eines hart verlängerten Kampfes.

Der Brief führt also fort: „Alles in allem haben wir noch etwa hunderttausend streikende und gemäßigtere Arbeiter, welche unterstützt werden müssen. Wir erhalten noch immer weitgehende Hilfe aus Norwegen, Dänemark und Deutschland, sowie auch aus Amerika, welches erst vor kurzem begann, uns Beistand zu leisten, aber um so bedauerlicher ist es, daß wir aus England bisher noch sehr wenig Beweise internationaler Solidarität gesehen haben. Die lächerlich geringen Summen, welche uns zugesandt worden sind, stellen die Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens in eine unbillige Position mit der der Balkanstaaten, soweit es auf die Frage der unterstützenden finanziellen Unterstützung ankommt. Die schwedischen Arbeiter legen noch immer die Hoffnung, daß die englischen Unionisten sich die furchtbare Lage ihrer Brüder in Schweden vergegenwärtigen und deshalb ihnen zu Hilfe eilen werden.“

Offenlich wird dieser Appell der schwedischen Kämpfer keine Wirkung auf die englischen Trade-Unionisten nicht verfehlen.

Vertical text on the left margin, likely a library or archival stamp.